

München, 16.02.2017

Veröffentlichung von Belastungen in Lebkuchen erst nach Weihnachten

SPD-Verbraucherschützer Florian von Brunn kritisiert Versagen von Staatsregierung und LGL beim Verbraucherschutz

Das bayerische Landesamt für Gesundheit (LGL) hat seit November 2016 bekannte Überschreitungen des Richtwerts für Acrylamid in Lebkuchen erst jetzt im Februar **veröffentlicht**. Das ist für den SPD-Verbraucherschutzexperten **Florian von Brunn** skandalös: "Acrylamid steht im Verdacht krebserregend und erbgutschädigend zu sein. Trotzdem verschweigt das LGL nachgewiesene Belastungen bis lange nach Weihnachten. Und das obwohl über 10 Prozent der getesteten Produkte den empfohlenen Richtwert überschritten haben. Staatsregierung und LGL schützen offensichtlich lieber die Hersteller als die Verbraucher!"

Der Landtagsabgeordnete verweist darauf, dass die Risiken von Acrylamid bereits seit rund 10 Jahren öffentlich diskutiert werden. Von Brunn ärgert sich: "Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch hatte das LGL sogar vor Weihnachten zur Veröffentlichung der Testergebnisse aufgefordert. Aber genau wie bei den mit Mineralöl belasteten Adventskalendern war man nicht zu einer rechtzeitigen Veröffentlichung bereit."

Der SPD-Verbraucherschutzexperte kritisiert auch, dass nur ein kleiner Teil der Produkt- und Herstellernamen veröffentlicht worden sei: "Für die vollständige Liste wollte die Behörde 5.000 Euro Gebühren. Transparenz für Verbraucher gibt es in Bayern, wenn überhaupt, offensichtlich nur gegen Cash. Das zeigt, dass die CSU-Staatsregierung auch nach Bayern-Ei nichts dazugelernt hat!"

Dabei, so von Brunn, warne das LGL selbst vor dem Stoff auf seiner Website. Dort heißt es wörtlich: "In Tierversuchen wirkte Acrylamid krebserregend und erbgutverändernd. Für den Menschen konnte dies bisher nicht zweifelsfrei belegt werden. Auf Grund der Ergebnisse dieser Tierstudien wird jedoch davon ausgegangen, dass die ernährungsbedingte Aufnahme von Acrylamid das Krebsrisiko möglicherweise erhöhen kann." Der Abgeordnete kündigt an, das Thema im Landtag auf die Tagesordnung zu setzen.